



CLAUDIA KEMFERT

Tankrabbat hat Milliarden gekostet – und fast nichts gebracht

Claudia Kemfert ist Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt im DIW Berlin.
Der Kommentar gibt die Meinung der Autorin wieder.

Wer Energie dauerhaft bezahlbar machen will, muss die Ursachen hoher Preise bekämpfen. Die Antwort heißt Energiewende statt Tankrabbat. Der Tankrabbat war ein teures Kriseninstrument mit begrenzter Wirkung. Er entlastete vor allem diejenigen, die besonders viel Kraftstoff verbrauchten, und subventionierte den Verbrauch fossiler Energien. Rund 1,6 Milliarden Euro kostete die Maßnahme. Sozial treffsicher und wirtschaftlich effizient war sie nicht. Die geopolitischen Spannungen im Nahen Osten, Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine und die zunehmenden Unsicherheiten auf den internationalen Energiemärkten zeigen, dass neue Energiepreisschocks jederzeit möglich sind. Die entscheidende Frage lautet deshalb nicht, ob sie kommen, sondern wie wir künftig darauf reagieren.

Die wichtigste Lehre aus den vergangenen Krisen ist einfach. Solange Deutschland in hohem Maße von importiertem Öl und Gas abhängig ist, bleiben wir verwundbar. Fossile Energien sind Krisenenergien. Ihre Preise entstehen nicht auf einem stabilen Markt, sondern werden von geopolitischen Konflikten, Kartellen, Lieferketten und Spekulation beeinflusst. Diese Risiken lassen sich nicht mit einem Tankrabbat beseitigen. Wenn Energiepreise stark steigen, braucht es selbstverständlich staatliche Unterstützung. Aber sie muss dort ankommen, wo sie wirklich benötigt wird. Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen tragen steigende Energiekosten oft besonders schwer. Sie gezielt zu entlasten, etwa über ein Klimageld oder direkte Zuschüsse zu Heiz- und Mobilitätskosten, ist gerechter und wirksamer als pauschale Steuersenkungen. Der Staat sollte knappe Mittel dort einsetzen, wo sie den größten gesellschaftlichen Nutzen entfalten.

Ebenso wichtig ist, dass Krisenhilfen die richtigen Anreize setzen. Jede staatliche Maßnahme sollte dazu beitragen, Energie effizienter zu nutzen und den Verbrauch fossiler Energien zu senken. Investitionen in die energetische Sanierung von Gebäuden, moderne Heizsysteme oder energieeffiziente Produktionsprozesse entlasten nicht nur kurzfristig, sondern dauerhaft. Die eigentliche Antwort auf hohe Energiepreise liegt jedoch im

Umbau unseres Energiesystems. Erneuerbare Energien sind heute nicht nur klimapolitisch sinnvoll, sondern auch ökonomisch die beste Absicherung gegen künftige Krisen. Sie können weder durch militärische Konflikte noch durch Embargos oder geopolitische Machtspiele verteuert werden. Mit jeder zusätzlichen Kilowattstunde aus Wind- und Solarenergie sinkt die Abhängigkeit von fossilen Importen. Speicher, intelligente Stromnetze und flexible Verbraucher*innen machen dieses System zunehmend resilient und kostengünstig.

Im Verkehrssektor gilt: Statt Milliarden in verbilligten Kraftstoff zu binden, sollte Deutschland endlich konsequent in Bus und Bahn investieren. Die Schieneninfrastruktur ist vielerorts überlastet, der öffentliche Nahverkehr leidet unter chronischer Unterfinanzierung. Ein leistungsfähiger öffentlicher Verkehr bietet den Menschen eine echte Alternative zum Auto und macht sie unabhängiger von schwankenden Ölpreisen. Gleichzeitig müssen Elektromobilität, Ladeinfrastruktur und Radverkehr weiter ausgebaut werden. Jeder vermiedene Liter Benzin oder Diesel erhöht unsere wirtschaftliche Resilienz.

Zudem brauchen auch Unternehmen keine kurzfristigen Subventionen für fossile Energien, sondern Planungssicherheit. Wer heute in Energieeffizienz, Elektrifizierung, erneuerbare Energien oder Speicher investiert, senkt seine Energiekosten nachhaltig und stärkt seine Wettbewerbsfähigkeit. Dauerhaft bezahlbare Energie entsteht nicht durch Subventionen für Öl und Gas. Sie entsteht durch erneuerbare Energien, Effizienz, moderne Infrastruktur und gezielte soziale Unterstützung. Die beste Energiepreisbremse ist deshalb nicht der nächste Tankrabbat. Die beste Energiepreisbremse ist die Energiewende.

Der Beitrag ist am 4. Juli 2026 als Gastbeitrag auf Focus Online erschienen.

© © Der Artikel ist gemäß der Creative-Commons-Lizenz CC BY 4.0 nachnutzbar:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.
Anton-Wilhelm-Amo-Straße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 E-Mail: kundenservice@diw.de

93. Jahrgang 15. Juli 2026

Herausgeber*innen

Prof. Anna Bindler, Ph.D.; Prof. Dr. Tomaso Duso; Sabine Fiedler; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Sabine Zinn

Chefredaktion

Prof. Dr. Pio Baake; Claudia Cohnen-Beck; Sebastian Kollmann;
Kristina van Deuverden

Lektorat

Dr. Stefan Bach

Redaktion

Dr. Hella Engerer; Petra Jasper; Adam Mark Lederer;
Frederik Schulz-Greve; Sandra Tubik

Gestaltung

Roman Wilhelm; Stefanie Reeg; Eva Kretschmer, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Der DIW Wochenbericht ist kostenfrei unter www.diw.de/wochenbericht
abrufbar. Abonnieren Sie auch unseren Wochenberichts-Newsletter unter
www.diw.de/wb-anmeldung

ISSN 1860-8787